

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 5

Artikel: Vor der Londoner Konferenz
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330240>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vor der Londoner Konferenz.

Von *Ernst Reinhard*.

Die Londoner Marinekonferenz ist die dritte große Abrüstungskonferenz, die sich ausschließlich mit Flottenfragen beschäftigen wird. Die erste, in Washington 1921 abgehalten, erfüllte ihren Zweck; die zweite, im Frühling 1927 in Genf tagend, war zum kläglichen Scheitern verurteilt. Es ist vorauszu sehen, daß die Londoner Konferenz das Ziel, das man ihr in den mannigfachen Vorverhandlungen zwischen den Diplomaten Frankreichs, Englands, Japans, Italiens und der Vereinigten Staaten gesteckt hat, ebenfalls erreichen wird.

Zwar sind die politischen Voraussetzungen heute völlig andere als in Washington. Dort handelte es sich vor allem um eine Aktion der Vereinigten Staaten, welche mit großem Mißvergnügen gesehen hatten, wie die japanische Marine sich als Herrin des Pazifiks fühlte und dort ihre Stellung festigte, während die amerikanische Flotte mit der Sicherung der Waren- und Truppentransporte über den Atlantik beschäftigt war. Diese japanische Vormacht zu brechen, Japans Monopolstellung im Fernen Osten zu sprengen, war die Absicht, welche die Union in Washington zielbewußt verfolgte und die sie mit Hilfe der aufgeschreckten englischen Dominien auch verwirklichen konnte. Die japanische Flotte wurde auf den Standard von 5 : 3 heruntergedrückt, verglichen mit den Flottenstärken Großbritanniens und der Union; doch wurde eine Begrenzung nur in der Klasse der großen Schlachtschiffe und der Flugzeugmutterschiffe vereinbart, während die Kreuzer des 10,000-Tonnen-Typs und darunter, die Torpedoboote, Zerstörer, Unterseeboote ohne Vorschriften blieben.

Die Begrenzung hatte mächtigen Impuls erhalten durch die Ueberzeugung, daß die Zeit der großen Schlachtschiffe vorbei sei. Die rasende Entwicklung der Technik hatte diese Mammut des Meeres gegenüber den Angriffen der Unterseeboote und der Flugzeuge als völlig hilflos erwiesen; sie nur über die kurzen Distanzen zu führen, welche zwischen der Kieler und Helgoländer Bucht einerseits, Scapa Flow und dem Firth of Forth anderseits liegen, verlangte eine ungeheure Menge von Vorsichtsmaßnahmen; kleinere Schiffe mußten diese schwimmenden Festungen vor den tödlichen Angriffen der wendigen Untersee- und Torpedoboote beschützen. Völlig unabgeklärt erschien aber der Wert der 10,000-Tonnen-Kreuzer. Hatten sie neben ihrer ausgewiesenen Schnelligkeit, neben ihrer sicheren Verwendung auf die gewaltig angewachsenen Distanzen des Seekrieges auch den Kampfwert, den ihnen die für sie Begeisterten zuschrieben?

Die Antwort hat in überraschendem Maße — Deutschland gegeben. Der Bau des berühmten Kreuzers A bewies plötzlich, daß wohl ein einzelnes Schiff für sich allein nicht allzuviel zu bedeuten hat, daß aber eine ganze Flotte dieser schwer bestückten, außerordentlich raschen, im Ziel aber viel kleineren und daher sehr schwer zu vernichtenden Schlachtschiffe einem Superdreadnought sogar der Nachjütlandklasse gefährlich werden kann, sicher aber, daß eine Schlachtflotte der langsam fahrenden Schlachtschiffe gegenüber einer solchen Kreuzerflotte einfach machtlos ist, wenn sie sich nicht zum Kampf stellen will. Die größten englischen Schlachtschiffe, Nelson und Rodney, mit ihren 16-Zoll-Geschützen, fahren nur 23 Knoten, die schnellsten Schlachtkreuzer von der Hood-Klasse nur 31, während der deutsche Kreuzer 33 Knoten Geschwindigkeit aufweist. Nun konnte die deutsche Flotte während des Krieges durch einen Minengürtel einfach abgeriegelt werden; aber der japanischen Flotte gegenüber dürfte das nicht mehr gelingen; die französische Flotte sitzt, wie die italienische, mitten im Mittelmeer, durch das die lebenswichtige Suez-Indien-Route führt. Völlig unmöglich aber mußte diese Taktik für die englische Flotte werden, wenn sie etwa der nordamerikanischen gegenüber angewendet werden sollte.

Die englische Flotte hat vor allem die Aufgabe, die rund 80,000 Seemeilen Verbindungswege zu schützen, welche das Britische Reich zusammenhalten. Ueberall auf diesen Wegen ist Großbritannien verwundbar. Ein Seekrieg müßte daher auf sehr weite Entfernungen geführt werden; der Erfolg wäre zum mindesten gegenüber einer Flotte von der Stärke der japanischen oder der nordamerikanischen unsicher, die Niederlage aber gewiß, wenn sich unter den fünf Mächten die eine oder andere an die Seite der Union stellen würde. Durch den ungehemmten Bau von 10,000-Tonnen-Kreuzern und von Schiffen geringeren Tonnengehalts war aber für das Britische Reich eine Gefahr entstanden, welche die Politiker mit großer Sorge stets wachsen sahen, während die Admirale mit ihr wie mit dem Feuer spielten.

Doch geriet schließlich auch die Union, infolge der gründlichen Aenderung ihrer Wirtschaftsstruktur, in eine ähnliche Lage. Aus einem Rohstoffe exportierenden Lande war sie im letzten Vierteljahrhundert zu einem Rohstoffe importierenden, Industriewaren exportierenden Lande geworden, das eine Reihe seiner wichtigsten Rohstoffe, Gummi, Zinn, Manganerz, Kupfer, Sisal, Chinin, aus dem Auslande beziehen mußte. Ohne diesen Import läßt sich die vereinsstaatliche Wirtschaft nicht in dem Umfange aufrechterhalten, den sie heute angenommen hat. Die Seewege, die zu ihrer Heranschaffung befahren werden müssen, sind aber sehr lang; Kautschuk kommt aus den Gebieten, die

völlig unter britischer oder japanischer Kontrolle stehen. Damit war auch die Wirtschaft der Union durch die ungehemmte Entwicklung dieser modernen Kreuzer im Kriegsfall gefährdet.

So tritt die Konferenz, infolge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung, unter völlig veränderten politischen Verhältnissen zusammen; der Umschwung wird vollständig durch die grundsätzlich neue Einstellung, welche das Labourkabinett gegenüber der Union sucht. War für die Konservative Partei die Konkurrenz gegenüber der Union und die Verfechtung der gegnerischen Haltung mit kriegerischen Mitteln Selbstverständlichkeit geworden, so sucht Macdonald eine Einigung mit der Union, indem er die gleichen Interessen beider Mächte betont.

Die britische Politik unter Macdonald ist bewußt pazifistisch, ohne daß sie in den Anarchismus verfiere, den ihr gewisse europäische Schwarmköpfe zumuten. Das britische Weltreich ist heute ein Wirtschaftsorganismus von gewaltiger Ausdehnung geworden; am Funktionieren dieses Apparates sind nicht nur die britischen Arbeiter, sondern auch eine ganze Reihe von Völkern interessiert, welche sich heute ungern unter die Gewaltherrschaft des britischen Imperialismus beugen. Die sozialistische Politik kann sich hier nicht in dem Sinne äußern, daß sie einfach die Rückkehr der alten Zustände, vor der Entstehung des britischen Commonwealth, heraufbeschwört; sie hat nirgends ein Interesse daran, die ganze Welt wieder in eine Reihe kleiner, sich gegenseitig befehrender und sich nieder-konkurrenzierender Nationalstaaten zu balkanisieren. Das Beispiel, das Europa mit diesem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegeben hat, ist deutlich genug; die ganze Welt braucht nicht in den gleichen Fehler zu verfallen. An der Aufrechterhaltung des britischen Commonwealth ist heute der ganze europäische Sozialismus interessiert, ebenso gründlich aber an einer Aenderung seiner bisherigen Methoden. War das britische Commonwealth bis heute ein im Interesse der britischen kapitalistischen Klasse ausgebeutetes, mit den Mitteln oft brutaler Gewalt beherrschtes Staatswesen, so muß der Sozialismus versuchen, hier das neue Dritte zu schaffen, das große Staatswesen, den umfassenden Staatenverband, der von den Völkern selbst in ihrem eigenen Interesse aufrechterhalten wird, weil er allen dient. Die Frage ist, ob der englischen Politik dieser Umbau des englischen Staatswesens gelingt. Aber sicherlich kann er nur vollzogen werden, wenn die Labour Party durch einen Friedensschluß mit der Union die Hände frei bekommt und nicht jeden Augenblick fürchten muß, daß die nordamerikanischen Imperialisten die Perioden der Schwäche, die sich bei dieser Umorganisation sicher einstellen müssen, weil vor allem imperialistische Interessen verletzt werden müssen, nicht gegen Großbritannien ausnützen können.

Der Politik der Labour Party kam es daher wohl darauf an, die Flotten einzuschränken; Macdonald ließ sogar im Anfang vermuten, daß er eine wesentliche Herabsetzung der Seerüstung verlangen werde. Von einer völligen Aufgabe der Seerüstung kann bei ihm in diesem Augenblicke keine Rede sein, weil die Labour die neue Organisation ihres Weltreichs gegen die Imperialisten der andern Mächtegruppen zu verteidigen hat. Aber die imperialistische Konkurrenz der andern Vertragspartner scheint eine wirkliche Herabsetzung der Seerüstungen unmöglich zu machen.

Alle zu der Konferenz kommenden Staaten haben bis dahin eine Vermehrung ihrer Seerüstung angemeldet. Japan, das bis anhin 60 Prozent des Schiffstonnageraumes für die Schlachtschiffe zugebilligt erhielt, verlangt für die Kreuzer aller Kategorien eine Relation von 70 Prozent. In diesem Bestreben wird es unterstützt durch die Union selbst, welche für sich die Heraufsetzung ihres Kreuzerbestandes bis zur Höhe des englischen verlangt. Wie sie aber ihre Forderungen durch ihre Sicherheit begründen, so handelt auch Italien, indem es selbst, immer aus Gründen der Sicherheit, eine Heraufsetzung seiner Kreuzerflotte bis zur Höhe der französischen verlangt, der es heute bedeutend unterlegen ist. Auch in diesem Falle würde die Zubilligung der italienischen Forderung eine bedeutende Heraufsetzung der Rüstungen mit sich bringen. Zwar tröstet sich Frankreich damit, daß der italienische Anspruch nur auf dem Papier bleiben und niemals verwirklicht werde; Italien besitze die Mittel nicht, um die italienische Flotte auf die gleiche Stärke zu bringen wie die französische. Aber darin dürfte sich die französische Politik doch wohl täuschen; dem Faschismus ist auch hier noch manches zuzutrauen.

Aus Gründen der Sicherheit wehrt sich Frankreich gegen die Abschaffung der Unterseeboote. Es sieht in ihnen die einzige Möglichkeit, um einmal seine lange Küstenlinie, dann aber auch den breiten Verbindungstreifen zu verteidigen, der das Mutterland mit seinen afrikanischen Kolonien und mit den militärisch wertvollen Menschenreservoirs des Sudans und Aequatorialafrikas verbindet. Aus ähnlichen Gründen verweigert auch Japan die Unterdrückung der Tauchboote, weil sie ihm für den Küstenschutz und die Sicherung seiner Verbindung mit dem asiatischen Festland sehr tauglich erscheinen.

Es kann daher bis heute nur dies festgestellt werden: Die Abrüstungskonferenz wird zu einem Kampf der Seemächte um die Vorherrschaft auf den Meeren, zu einem erbitterten Ringen um die militärischen Machtmittel für die Aufrechterhaltung des alten Reiches, bei Italien sogar für die Schaffung seines neuen Impero werden. Die vernünftige Aktion der Labour Party stößt heute schon auf Widerstände, welche die Londoner

Abrüstungskonferenz eben nicht zu einer Abrüstungs-, sondern zu einer Unrüstungskonferenz gestalten werden. Ihr diesen Charakter zu geben, war von allem Anfang an das Ziel der amerikanischen, französischen, italienischen und japanischen Politik. Einzig Labour versuchte bis dahin ehrlich zu handeln; aber man wird es auch der Regierung Macdonald nicht verübeln können, wenn sie angesichts von so viel schlechtem Willen und übelster Diplomatie die Rechte des britischen Commonwealth energisch wahrt.

Die Konferenz verfügt nicht über die Druckmittel, welche noch während der Washingtoner Konferenz in amerikanischen Händen waren. Man kann heute Italien und Frankreich nicht mehr zwingen; ihre Stellung ist in den letzten Jahren stärker geworden. Die Konferenz tritt so in einem Zeitpunkt zusammen, da der Imperialismus nicht erschöpft, sondern eher stärker geworden ist; sie wird die Ziele der Imperialisten sicher erreichen, aber für den Abrüstungsgedanken selbst wird herzlich wenig bleiben.

In sicherer Voraussicht des Kommenden bemühen sich deutsche bürgerliche Zeitungen in letzter Zeit auffallend, die Konferenz herabzusetzen. Sachlich hat diese Kritik recht, in der Gesinnung ist sie grundfalsch. Deutschland ist an der Konferenz nicht vertreten; es kann ruhig weiterrüsten, soweit der Versailler Vertrag ihm nicht Schranken setzt. Aber man darf doch darauf hinweisen, daß in vielem und in Wichtigem die Vorschriften des Versailler Vertrages durch die Technik bereits unschädlich gemacht worden sind; und so, wie die deutsche Reichswehr durchaus nicht die unschuldige Schutztruppe darstellt, als welche man sie sogar in deutschen sozialdemokratischen Blättern häufig verteidigt sieht, sondern ein sehr tüchtiges, modernes Heer mit ganz neuartiger Kampfweise und Bewaffnung, so ist vorauszusehen, daß binnen kurzem die Neubauten die deutsche Flotte zu einer Seemacht von nicht zu unterschätzender Bedeutung machen werden. Die Rüstungs-herabsetzung bei den andern, wobei die deutsche Flotte völlig unangetastet bliebe, könnte manchem deutschen Imperialisten sehr gut passen; und wenn sich dieses Spiel treiben läßt mit etwas Pazifismus für die andern, so kann man ja die Heuchelei einmal versuchen. Es ist aber nicht gesagt, daß die Arbeiterschaft auf dieses deutsche Getue hereinfallen müsse.

Die Londoner Konferenz wird trotz dieser ungünstigen Prognose ihre Bedeutung für den Abrüstungsgedanken haben; die Imperialisten werden mit ihm rechnen und diskutieren müssen; man wird notwendigerweise manche feierliche, pazifistische Erklärung der Staatsmänner hören, manche neue Aechtung des Krieges. Sicherlich wird das alles so wenig ernst gemeint sein wie schon frühere Tiraden. Aber die Völker

fangen doch langsam an, sich auf die Bedeutung solcher Phrasen zu besinnen, und sie erheben sich gegen das frevle Spiel mit Worten, hinter dem man völlig andere Taten verbirgt. Sie verlangen nach und nach von ihren Staatsmännern ernste Beachtung ihrer eigenen Worte. Nötig ist nur, daß es gelingt, hinter die Vorhänge zu gelangen und die eigentlichen Triebkräfte des Handelns, die wahren Absichten der Konferenz aufzudecken. Diese kritische Einstellung scheint mir in erster Linie Aufgabe der internationalen Arbeiterschaft zu sein.

Der Parlamentarier als Verwaltungsrat.

Von Hans Oprecht, Zürich.

Eine Reihe von Finanzskandalen der letzten Jahre des In- und Auslandes hat gezeigt, wie ein skrupelloses Finanz- und Industriekapital es versteht, durch eine geschickte Verbindung mit prominenten Politikern, die gewöhnlich in den Landesparlamenten tätig sind, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu seinen Gunsten auszunützen. Die Skandalchronik von Paris, Wien und Berlin verzeichnet in dieser Beziehung eine auffallende Zunahme der Fälle, in denen gerissene Geschäftsspekulanten mehr oder weniger gutgläubige Parlamentarier zu ihren Zwecken benützt haben. In den kleineren Verhältnissen der Schweiz treten ähnliche Fälle in entsprechend kleinerem Maßstabe auf. Daß sie aber ebenfalls vorhanden sind, beweisen u. a. der Krach der «Metallbank in Zug», der Zusammenbruch des «Crédit de Lausanne» und der «Prozeß Zraggen-Schneider» in Basel.

Im Ausland trat auf die den Parlamentarismus schwer kompromittierenden Ereignisse eine entsprechende Reaktion der öffentlichen Meinung und damit auch des Gesetzgebers ein. Sowohl in Frankreich wie aber auch in Deutschland und Oesterreich beschäftigten und beschäftigen sich die Parlamente damit, Abhilfe gegen die zunehmende wirtschaftliche und finanzielle Beeinflussung der parlamentarischen Vertreter durch wirtschaftliche und finanzielle Interessengruppen zu schaffen.

In Oesterreich

besteht seit dem 30. Juli 1925 ein *Bundesgesetz über die Beschränkung der Zulässigkeit einer Betätigung von Volksbeauftragten und anderen öffentlichen Funktionären in der Privatwirtschaft (Unvereinbarkeitsgesetz)*. Danach dürfen «Minister, Bürgermeister und Mitglieder des Stadtrates» während ihrer Amtstätigkeit keine leitende Stellung in einer Aktiengesell-